

Wie geht es nach der Bundestagswahl weiter?

Wahlbarometer Energiewirtschaft

Am 24. September 2017 wird ein neuer Bundestag gewählt. Was kann die Energiewirtschaft von der Politik nach der Bundestagswahl erwarten? Was planen die Parteien? Was fordern die Interessenverbände der Energiewirtschaft?

Bei den übergeordneten Zielen der Energieversorgung sind sich alle wahrscheinlich künftig im Bundestag vertretenen Parteien¹ einig: Sie soll sicher, bezahlbar und sauber sein. In der Gewichtung der Ziele und im Herunterbrechen auf konkrete Maßnahmen gibt es jedoch große Unterschiede.

CDU/CSU: Evolution statt Revolution

Die Systemintegration der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien soll mit mehr Wettbewerb marktwirtschaftlicher ausgerichtet werden. Der beschleunigte Netzausbau und die Beseitigung von Engpässen haben oberste Priorität. Deutschland bleibt eine einheitliche Strompreiszone. Die Steuerung der Produktion und Nachfrage sowie die Verknüpfung der Stromerzeugung mit Bereichen wie Verkehr, Gebäude und Wärme – Sektorenkopplung – werden weiterentwickelt. Moderne Stromspeichertechnologien sollen gefördert werden. Bei der Weiterentwicklung der Elektromobilität wird die weiterhin wichtige Rolle moderner Dieselfahrzeuge hervorgehoben. Die »Antriebswende« im Verkehr hin zur Nutzung alternativer Kraftstoffe und Antriebe wie der Elektromobilität und der Brennstoffzelle soll unterstützt werden. Auch setzt die CDU/CSU auf Digitalisierung, um Erzeugung, Vermarktung und Verbrauch von Energie miteinander besser zu vernetzen. Die CSU möchte zudem eine Strompreisbremse.

Fazit

Kontinuität – Evolution statt Revolution. Das Programm lässt viel Spielraum für weitere Konkretisierungen. Damit werden auch vielfältige Koalitionsmöglichkeiten offen gehalten. Eine umfangreiche

Belastung der Energiewirtschaft wäre hier nicht zu erwarten.

SPD: Klimaneutral bis zum Jahr 2050

In Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaschutzabkommen soll der Klimaschutzplan 2050 weiterentwickelt werden. Nächster Schritt bei der Umsetzung der Energiewende ist die stärkere Kopplung der Wärmeversorgung und des Verkehrs mit der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Speicher und andere Technologien für diese Sektorenkopplung sollen technologieoffen vorangetrieben werden. Die SPD will, dass spätestens im Jahr 2050 Energie weitgehend treibhausgasneutral erzeugt wird. Dabei werden Technologieneutralität und Innovationsoffenheit betont. Konventionelle Energieträger werden den Ausbau der erneuerbaren Energien ergänzen. Moderne Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung sollen weiterhin gefördert werden. Die SPD-Bundestagsfraktion will laut einem eigenen Positionspapier darüber hinaus eine deutliche Erhöhung der Ausbauziele der erneuerbaren Energien, die Förderung des Einsatzes von »grünem Wasserstoff«, die Verabschiedung eines Klimaschutzgesetzes sowie die Weiterentwicklung des europäischen Emissionshandels.

Fazit

Auch hier zeigt sich: verlässliche Weiterentwicklung der aktuellen Regierungspolitik. Spürbare Belastungen für die Energiewirtschaft sind nicht zu erwarten. Eine Unsicherheit bleibt die Gestaltung eines gewünschten Klimaschutzgesetzes. Die Partei zeigt sich mit ihrem Programm insgesamt offen für verschiedene Koalitionen.

Die Linke: Energieversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge

Bereits bis zum Jahr 2040 will Die Linke den Ökostromanteil auf 100 % erhö-



hen, der Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung soll im Jahr 2020 mindestens 20 % betragen. Die Ziele werden in einem Klimaschutzgesetz festgeschrieben. Spätestens im Jahr 2035 geht das letzte Kohlekraftwerk vom Netz. Alle sich im Betrieb befindenden Kernkraftwerke sollen unverzüglich abgeschaltet werden. Die Stromsteuer für private Verbraucher wird gesenkt. Die Strompreise werden stärker kontrolliert, und es werden günstige Sockeltarife eingeführt. Darüber hinaus will Die Linke ein bundeseinheitliches Netzentgelt über alle Spannungsebenen einführen. Industrierabatte bei Ökosteuern, Netzentgelten, Emissionshandel oder im EEG zu Lasten der Privathaushalte und der öffentlichen Haushalte werden abgeschafft. Energieversorgung soll umfassend bürgernah und als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge organisiert werden. Die Energieversorgung muss dem Gemeinwohl dienen und der Profitgewinnung entzogen werden. Strom- und Wärmenetze werden in die öffentliche Hand überführt und demokratisch kontrolliert.

Fazit

Die angestrebte Verstaatlichung hätte die deutlichsten Auswirkungen auf die Energiewirtschaft, nämlich deren Ende. Mit dieser Maximalforderung dürfte die Partei kaum einen Koalitionspartner finden, der hier mitgeht.

¹ Die Reihenfolge der Nennung der Parteien folgt dem Stimmenanteil bei der Bundestagswahl 2013.



Quelle: Deutscher Bundestag / Thomas Trutsche/photothek.net

Bündnis 90/Die Grünen: Ziele durch regulatorische Eingriffe erreichen

Der Kohleausstieg soll unumkehrbar eingeleitet werden. Dazu sind die 20 emissionsstärksten Kohlekraftwerke unverzüglich vom Netz zu nehmen. Der komplette Ausstieg ist bis zum Jahr 2030 geplant. Bis zum Jahr 2030 soll der Anteil erneuerbarer Energien im Strombereich auf 100 % steigen. Dazu wird der Ausbaukorridor für erneuerbare Energien erhöht. Schließlich soll bis zum Jahr 2050 auch die Energieversorgung für Gebäude und der Industrie sowie im Bereich Mobilität ausschließlich aus erneuerbaren Energien stattfinden. Ab dem Jahr 2030 werden dazu nur noch abgasfreie Autos neu zugelassen. Die nationalen Reduktionsziele werden in einem Klimaschutzgesetz festgelegt, und der EU-Emissionshandel soll reformiert werden und künftig einen CO₂-Mindestpreis enthalten. Auf nationaler Ebene wird die Stromsteuer abgeschafft und die EEG-Umlage reduziert. Die Finanzierung des Strukturwandels muss eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Energieunternehmen sein. Zur solidarischen Finanzierung der Energiewende wird eine verursachergerechte und auch regional faire Verteilung der Kosten des Stromnetzes angestrebt.

Fazit

Im Reigen der Realpolitik werden hier die stärksten regulatorischen Eingriffe vorgesehen. Auf der anderen Seite sind dies

aber auch klare Vorgaben, an denen sich die Energiewirtschaft orientieren kann. Die Fragen der Kostenübernahme für den angestrebten Kohleausstieg und der weiteren Finanzierung der Energiewende sind offen und damit für die Branche unkalkulierbar. Mit der »klaren Kante« in der Energie- und Klimapolitik werden mögliche Koalitionsverhandlungen mindestens schwierig.

FDP: Tiefgreifende Änderungen bei Finanzierung und Systemintegration

Die Versorgungssicherheit soll im technologieneutralen Wettbewerb unter marktwirtschaftlichen Bedingungen gewährleistet werden. Der EU-Emissionshandel wird gestärkt und auf weitere Sektoren, zum Beispiel Wohnen und Verkehr, ausgedehnt. Die Stromsteuer wird gesenkt und das EEG abgeschafft. Erneuerbare Energien sollen verbrauchs- und kapazitätsgerecht in den Markt integriert werden. Die erneuerbaren Energieträger müssen künftig Systemverantwortung übernehmen und selbst für die Sicherheit ihres Stromangebots sorgen. Betreiber von Erzeugungsanlagen sollen die Kosten für den Netzanschluss zumindest teilweise tragen. Für die Errichtung von Windenergieanlagen wird eine größenabhängige Abstandsregelung zur nächsten Wohnbebauung und zu Vogelbrutstätten vorgesehen. Auf fossile Energieträger kann auf absehbare Zeit nicht verzichtet

werden. Nationale Alleingänge wie der Klimaschutzplan 2050 werden abgelehnt.

Fazit

Marktwirtschaftliche Instrumente werden in den Vordergrund gerückt. Zum Teil werden tiefgreifende Systemänderungen angestrebt, vor allem bei der Finanzierung und Systemintegration der erneuerbaren Energien. In der Formulierung hätte die Energiewirtschaft hier jedoch klare Leitplanken zur Orientierung. Koalitionsgespräche könnten spannend werden.

Alternative für Deutschland (AfD): Rolle Rückwärts beim Umbau der Energieversorgung

Die AfD will das Projekt der Dekarbonisierung über die »große Transformation« beenden und den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung aufheben. Die bestehenden Kernkraftwerke sollen nicht vor Ende ihrer Nutzungsdauer außer Betrieb genommen werden. Auf die Nutzung moderner Gas- und Kohlekraftwerke wird Deutschland auf absehbare Zeit nicht verzichten können. Dagegen ist das EEG ersatzlos zu streichen. Die Elektromobilität muss sich wie jede Technik auf marktwirtschaftlicher Basis entwickeln. Die Windenergie ist ein energiepolitischer Irrweg, ökonomisch absurd und ökologisch kontraproduktiv. Daher wird der weitere Ausbau der Windenergie abgelehnt.

Fazit

Die Partei will in Teilen die »Rolle rückwärts«. Für die Energiewirtschaft würde dieser Rückschritt bereits getätigte Investitionen obsolet machen und eine grundsätzliche strategische Neuausrichtung erfordern. Für Koalitionen steht die Partei damit nicht zur Verfügung.

BDEW: Mehr Marktwirtschaft und gerechtere Entgeltsystematik

Das Marktdesign soll aus Sicht des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW) weiterentwickelt werden. Eckpunkte dafür sind ein marktbasierteres Engpassmanagement, Speicher als neue Marktrollen, eine Stärkung des EU-Emissionshandelssystems sowie eine stärkere Abstimmung europäischer und nationaler Klimaschutzmaßnahmen. Das Netz soll schneller ausgebaut und intelligenter werden. Dezentralität, Volatilität, Redispatch-Leistungen und Netzreserven müssen bei der Netzentgeltstruktur berücksichtigt werden. Die Sektorenkopplung soll vorangetrieben werden. Dazu werden Änderungen bei der Stromsteuer,

dem EEG und im Mietrecht vorgeschlagen. Ferner soll der Regulierungsrahmen für die Systemintegration von Elektrofahrzeugen geschaffen werden.

Fazit

Mehr Marktwirtschaft und gerechtere Entgeltsystematik – klare Forderungen, bei denen davon auszugehen ist, dass die Politik damit etwas anfangen kann. Hierüber wäre mit allen Parteien außer der Linken und der AfD ein Dialog möglich.

VKU: Gerechte Entgeltsystematik und gezielte Förderung

Kommunale Unternehmen und die Kommunen sind wichtige Akteure und Partner für die Digitalisierung Deutschlands. Kommunale Unternehmen brauchen laut dem Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) jedoch faire und bundesweit vergleichbare wirtschaftliche ordnungspolitische Rahmenbedingungen. Für Verteilungsnetzbetreiber sind angemessene regulatorische und technische Rahmenbedingungen notwendig – zum Beispiel müssen die Betriebskosten für den Einsatz von Technologien zum Aufbau intelligenter Netze anerkannt werden. Die Verantwortung für die Versorgungssicherheit darf nicht von den Übertragungsnetzbetreibern auf die Vertriebe und Händ-

ler verlagert werden. KWK-Anlagen sind weiterhin zu fördern. Mit Förderprogrammen sollen Kommunen und kommunale Unternehmen bei der Beschaffung klimafreundlicher Elektro- und Erdgasfahrzeuge unterstützt werden. Zur Finanzierung der Energiewende muss die Entgelt- und Umlagesystematik reformiert werden.

Fazit

Auch der VKU strebt eine gerechtere Entgeltsystematik an, will aber auch mehr gezielte Förderung, sodass die Betonung der Marktwirtschaft nicht so stark ausgeprägt ist. Mit den formulierten Forderungen zeigt sich der VKU offen für den Austausch mit vielen Parteien.

Was darf erwartet werden?

Die Klima- und Energiepolitik gehören nicht zu den Topthemen im Bundestagswahlkampf. Die aktuellen Nachrichten über Dieselfahrzeuge haben die Diskussion über mögliche Formen der Mobilität noch einmal verstärkt. Ein größerer Marktanteil von Elektrofahrzeugen würde den über Jahre gleich gebliebenen Stromabsatz deutlich erhöhen. Der Austritt der USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen lässt die europäische und deutsche Politik enger zusammenschließen.

Außer Programminhalten und den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen wird am Ende eine wichtige Rolle spielen, welcher Sachverstand in den jeweils zuständigen Ministerien vorhanden ist. Denn entscheidend wird sein, welche Vertreter sich aus den Branchenverbänden einerseits und den Ministerien für Wirtschaft, Energie, Umwelt und Verkehr andererseits gegenüberstehen, um gemeinsam Lösungen für die Energiewirtschaft zu erarbeiten.



Dr. Thorsten Pape,
Geschäftsführer,
Consulectra
Unternehmensberatung
GmbH, Hamburg

>> t.pape@consulectra.de

>> www.consulectra.de